

em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult. **HERBERT SCHAMBECK**
Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien

Über die akademische und europäische Verantwortung*

Jeder Beginn eines akademischen Jahres ist ein Anlass zur Besinnung und das sowohl für die lehrende als auch für die lernende Seite einer Universität.

Der heutige Beginn des akademischen Jahres an der Andrassy Gyula Deutschsprachigen Universität Budapest ist deshalb ein Anlass besonderer Art, weil diese Universität jetzt in dem kürzlich fertig gestellten Gebäude dieser Hohen Schule ihr Wirken fortsetzen und im neuen Rahmen aufnehmen kann. Die bauliche Fertigstellung ermöglicht diesen neuen Rahmen für das akademische Wirken; ein Wirken, das in seinem Zustandekommen, seinem Lehr- und Lernprogramm, seinen Zielsetzungen sowie der Zusammensetzung seiner Lehrer- und Hörschaft in jeder Hinsicht, also mehrfach grenzüberschreitend und so auch im Hinblick auf die neue Ordnung des integrierten Europa höchst aktuell ist.

Die Ministerpräsidenten Ungarns, Baden-Württembergs, Bayerns und nicht zuletzt der Bundeskanzler Österreichs Dr. WOLFGANG SCHÜSSEL hatten diese Zielsetzung am 22. Feber 2001 im Auge, als sie in der Ulmer Erklärung die Grundidee für die Gründung dieser Universität formulierten. Ihnen ist es um das in Tiefe und Breite vermehrte gegenseitige Verstehen der Staaten Mitteleuropas sowie des Prozesses der europäischen Integration im Rahmen der europäischen Union gegangen.

Auch das österreichische Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur unter der Leitung von Frau Bundesministerin ELISABETH GEHRER weiß um die Bedeutung dieser Zielsetzungen und unterstützt diese im Rahmen des Möglichen gerne. Leider ist es Frau

* Ansprache gehalten, anlässlich des Beginns des akademischen Jahres an der Andrassy Universität am 1. September 2003 in Budapest

Bundesministerin GEHRER auf Grund ihres Terminkalenders nicht möglich, selbst heute hier zu sein. Sie hat mich, der ich von Ihrem Rektorat eingeladen wurde heute zu sprechen, ersucht, für diesen Anlass sie heute zu vertreten und Ihnen mit besten Grüßen aufrichtige Wünsche für das Wirken der Andrassy Universität mit ihren Studienprogrammen, die besonders auch im Dienste der europäischen Idee stehen, zu übermitteln.

Drei neue Studienrichtungen, nämlich vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften, internationale Beziehungen mit Fachrichtung Wirtschaft und Diplomatie sowie Mitteleuropäische Studien, die sich auf Geschichte, Kulturanthropologie, Literatur, Ideengeschichte sowie Kommunikations- und Informationswissenschaft beziehen, sollen auf diese Ziele hinführen.

Mit diesen postgradualen Studien ergänzt die Andrassy Universität verständnisvoll europaorientiert das universitäre Angebot in Budapest. Dies zeigt sich auch standortmäßig; so ist die Andrassy Universität nahe der staatlichen und der katholischen Universität, unmittelbar nahe auch der Stadt- und Universitätsbibliothek sowie dem Nationalmuseum Ungarns untergebracht und das in dem früheren Palais der traditionsreichen Familie FESZTICS; hier spricht in diesem Haus eine Geschichte zu uns, welche verpflichtet!

Den Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung gibt auch der Namensgeber dieser Universität Graf GYULA ANDRÁSSY an; er hat u.a. als gleichzeitiger Ministerpräsident Ungarns und Außenminister der österreichisch-ungarischen Monarchie außenpolitisch grenzüberschreitend und innerstaatlich als Wegbereiter für ein parlamentarisches Regierungssystem gedacht. ANDRÁSSY war im wahrsten Sinne des Wortes ein Mann des Ausgleichs mit den Möglichkeiten des gegenseitigen Verstehens. Dies ist auch das Gebot der Stunde für uns heute in einer Zeit fortschreitender Integration Europas, auf deren Teilnahme sich auch mit Ungarn die Staaten Mittel- und Osteuropas vorbereiten. Für diesen Weg fortschreitender Integration ist gegenseitiges Verstehen und ein Mindeststandard an politischen sowie rechtlichen Voraussetzungen für die EU-Mitgliedsländer und damit auch für die Kandidatenländer erforderlich.

Prof. Dr. ULRICH HUFELD spricht mit Recht in seinem Kurzbericht vom Juli 2003 „von der Internationalisierung und Europäisierung des Verfassungsrechts und zugleich von der Konstitutionalisierung des Völkerrechts“. Ich verweise auch auf die sogenannten Kopenhagen Kriterien und die Übernahme des *Acquis Communautaire* sowie auf die Tendenzen der EU-Entwicklung nach der kürzlichen Konferenz von Saloniki, ebenso auf den Entwurf einer Grundrechtscharta und eines Verfassungsvertrages der EU. Sie sind alle ein politischer und rechtlicher Auftrag.

Wie sehr sich Ungarn und die Kandidatenländer auch staatsrechtlich auf diese EU-Mitgliedschaft vorbereiten, konnte ich u.a. hier in Budapest am 24. April 1997 erleben, als ich vom damaligen Präsidenten der Ungarischen Nationalversammlung eingeladen wurde, an diesem Tag bei einer Tagung im ungarischen Parlament mit Repräsentanten anderer Volksvertretungen Mittel- und Osteuropas über den Beitrag des österreichischen Parlaments zur Vorbereitung der EU-Mitgliedschaft Österreichs zu sprechen.

Viele andere Beispiele des Miterlebens europapolitischer Initiativen Ungarns könnte ich aus den letzten Jahren erwähnen, so unter anderen auch die Mitgliedschaft mit Staatspräsident Dr. ARPAD GÖNCZ und auch die in der Europastiftung des Aachener Kaiserdomes. Lassen Sie mich auch meinen Respekt dem derzeitigen ungarischen Staatspräsidenten Prof. Dr. FERENC MADL bekunden, der schon als Professor des internationalen Privatrechts einen europäischen, ja internationalen Ruf hatte und erst kürzlich anlässlich eines Ehrentages seines Fachkollegen Prof. Dr. FRITZ SCHWIND zu einer Feier an die Wiener Universität gekommen war.

Der europäische Auftrag trifft aber nicht allein die Spitzenrepräsentanten der Staaten, er verlangt auch ein Denken und Handeln auf Europa hin von breiten Kreisen der Bevölkerung; ihre europäische Gesinnung ist ausschlaggebend, ausschlaggebend bei Volksabstimmungen über die EU-Mitgliedschaft, ausschlaggebend für das Verstehen des zu vollziehenden EU-Rechtes und nicht zuletzt für

das Werden einer europäischen Öffentlichkeit, getragen von einer grenzüberschreitenden Gesinnung, die sich nicht allein bei Negativanlässen, wie in den Fällen der Rinderseuche BSE und Korruptionsskandalen, sondern positiv vorausdenkend und mittragend zeigen sollte.

Gerade die Andrassy Universität kann mit ihrem Programm der praxisorientierten, interdisziplinären geistes-, rechts-, sprach- und wirtschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung zu dem europäischen Denken beitragen, das unsere Zeit braucht.

Die Einigung Europas hat nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dem Interessenausgleich in der Kohle- und Stahlindustrie begonnen und sich in der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Osten fortgesetzt. Das Ende des kommunistischen Machtblocks ist aber nicht durch Waffengewalt, sondern durch den Aufbruch des Geistes sowohl die Demonstration der Menschen für die Freiheit und die Anerkennung ihrer Würde erfolgt. Der Geist und der Glaube waren stärker als Stacheldraht und Beton!

Diese Geschichte mit dem Leid vieler Opfertage von Menschen sei nicht vergessen. So der Opfertag der vielen Ungarn bei ihrem Aufstand 1956, weiters der Märtyrertod des katholischen Repräsentanten der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei JÁNOS GRAF ESTERHÁZY 1957 oder des polnischen Priesters JERZY POPIELUSZKO 1984 sowie all der vielen auch jungen Menschen beim Aufstand unter der Führung des heldenhaften Bischofs LÁSZLÓ TÖKÉS in Temesvár 1989 gegen den Ceausescu-Staat Rumänien. Noch viele Beispiele solcher Opfertage für die Freiheit ließen sich nennen, die als Vermächtnis den Lauf der Zeit auch für die Zukunft begleiten. Sie verpflichten uns, nach Jahrzehnten des Neben- und Gegeneinanders den Weg zu einem neuen Miteinander zu beschreiten.

An diesem Weg des Endes der Teilung Europas und der Wiedervereinigung Deutschlands haben Ungarn und besonders Westungarn sowie Österreich mit Burgenland und Niederösterreich großen Anteil. Bundespräsident Dr. RICHARD VON WEIZSÄCKER

selbst hatte mir das bei jedem meiner Besuche in der Villa Hammerschmid in Bonn von sich aus gesagt.

Die Einigkeit im Leid sollten wir nun umso mehr in der Freiheit erfolgreich in Europa und mit Europa beispielgebend in der Völkergemeinschaft zum Tragen bringen. Dabei möge man nicht übersehen, dass mit dem Ende des Kommunismus noch nicht die soziale Frage beantwortet ist, sie stellt sich vielmehr unter den geänderten politischen Bedingungen im integrierten Europa neu! Es kommt nämlich in dieser neuen Ordnung Europas darauf an, dem einzelnen Menschen mit der Freiheit auch die kulturellen, rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen sowie Voraussetzungen zu geben, um auch würdig diese Freiheit nutzen zu können. Dies verlangt ein orts- und zeitgerecht abgestimmtes Miteinander von kulturellem Fortschritt, wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Sicherheit. Aus der Sicht des Juristen bedarf es daher nicht allein im Rechtsstaat der notwendigen Rechtswege, sondern auch der Rechtsziele. Die westlichen Demokratien können hier ihre Erfahrungen, wie z.B. Deutschland mit dem im Grundgesetz verankerten sozialen Rechtsstaat und der sozialen Marktwirtschaft sowie Österreich mit der sozialen Partnerschaft, dem ethnischen Minderheitenschutz sowie in der Gerichtsbarkeit öffentlichen Rechts mit der Normenkontrolle einbringen!

Neben dem Normieren ist aber in der neuen Ordnung Europas auch das Motivieren von Wichtigkeit. Der Mensch will auch im integrierten Europa nicht bloß wissen, was er zu tun hat, sondern auch warum und wozu! Viele sind nämlich bereit, Leistungen zu erbringen und Opfer auf sich zu nehmen, wenn sie auch die Begründung hiezu, nämlich nach dem Wozu auch das Warum, erfahren.

Dabei übersehe man nicht, dass durch das Ende des Kommunismus ein ideologisches Vakuum entstanden ist, dem es mit den Grundwerten abendländischer Prägung des christlichen Europas zu begegnen gilt. Schon JACQUES DELORS hat darauf hingewiesen, dass Europa wieder einer Seele bedarf, und PAPST JOHANNES PAUL II. verlangt, dass das Europa mit einer westlichen und östlichen Lunge atme und nicht nur eine Wirtschafts-, Währungs- sowie Rechts-, sondern auch eine Wertegemeinschaft sei.

Diese Forderung richtet sich an eine Wirklichkeit in Europa, die nicht ohne Probleme ist. In diesem Sinne erklärte erst kürzlich PAPST JOHANNES PAUL II. vor dem Angelusgebet in Castel Gandolfo am 17. August d.J.: „Es ist nicht zu leugnen, dass Europa derzeit eine Wertekrise durchlebt. Daher ist es wichtig, dass dieser Erdteil seine wahre Identität wieder findet. Der Prozess der Erweiterung der Europäischen Union auf andere Länder darf nicht allein geographische und wirtschaftliche Elemente betreffen, sondern er muss in einer neuen Eintracht der Werte bestehen, die im Recht und im Leben ihren Ausdruck finden.“¹

Mit der Andrassy Universität besteht die Möglichkeit einen erforderlichen Beitrag zu dieser Verantwortung in Europa zu leisten, das gilt mit einer zeitgemäßen Unterrichtsgestaltung auch für die studierende Seite.

Ihnen, den Studenten, will ich gerade auf diesem zukunftssträchtigen akademischen Boden sagen: Werden Sie mehr als ein bloßer Experte, also ein Fachmann auf einem Gebiet; mehr als ein Intellektueller, nämlich ein bloßer Verstandesmensch; werden Sie vielmehr als intellektueller Experte auf bestimmten Gebieten ein Akademiker, nämlich einer, der sich nicht nur ein Wissen aneignet und besitzt, sondern sich vielmehr auch bemüht, sich über sein Wissen auch ein Gewissen zu machen, und dieses Wissen nicht jedermann zum Gebrauch oder Missbrauch anbietet, sondern sich vielmehr auch der Wahrheit, der Gerechtigkeit, dem Gemeinwohl und dem Frieden verpflichtet fühlt.

Die Tragik unserer Zeit mit ihrer Politik liegt nämlich darin, dass einerseits viele ein Wissen haben, ohne sich darüber ein Gewissen zu machen, und andererseits viele vorgeben, sich ein Gewissen zu machen, ohne über das notwendige Wissen zu verfügen. Beides ist erforderlich: Wissen und Gewissen. Die überlappenden lateinischen Worte *scientia* und *conscientia* zeigen dies deutlich.

¹ L'Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache vom 22. August 2003, S. 1.

In dieser Sicht beinhaltet die europäische Integration auch einen Bildungsauftrag. Wird dieser nicht erkannt oder ihm nicht genügend entsprochen, kann ein Freiraum für Alternativszenarien, wie Terrorisimen und Anarchismen, sowie für Sekten und Gurus entstehen. Erfüllen wir daher nicht diesen europäischen Auftrag, dann machen es die anderen, aber anders!

Die Andrásy Universität stellt sich diesem Auftrag, und allen, die das Ihre zu seiner Erfüllung beizutragen suchen, sei auch im Namen der Frau Bundesministerin ELISABETH GEHRER gedankt: Den Studierenden aus verschiedenen Ländern für ihr postgraduales Studieninteresse, den Lehrenden aus einzelnen europäischen Staaten für die Bereitwilligkeit zum akademischen Engagement durch Weitergabe ihres Wissens und ihrer Erfahrung sowie gerade heute in diesem neuen Universitätsgebäude allen am Bau Tätigen, dass dieses Gebäude nach der am 15. August 2001 erteilten Baugenehmigung fertig gestellt werden konnte.

Dank zu sagen, zählt nicht immer zu den Kategorien des öffentlichen Lebens, wir sollen dieses Erfordernis aber auch in dieser festlichen Stunde nicht übersehen, darum lassen Sie mich auch namens der Frau Bundesministerin ELISABETH GEHRER österreichischerseits den bisherigen Spitzenrepräsentanten der Andrásy Universität, nämlich dem Gründungsrektor, Herrn Prof. Dr. GYÖRGY HAZAI, und dem Gründungsprorektor, Herrn Botschafter i.R. Prof. Dr. ERICH KUSSBACH, für ihren wegweisenden Einsatz sehr danken. Er ist bereits ein Teil der Geschichte dieser Universität geworden, für deren Fortschreibung ich den weiteren Spitzenrepräsentanten dieser Universität, nämlich den Herren Rektor Prof. Dr. MIKLÓS KENGYEL und Prorektor Prof. Dr. KLAUS BECKMANN den verdienten Erfolg wünsche.